

Sitzungsvorlage Nr. 145/06



<i>Fachbereich</i> Steuerungsdienst	<i>Datum</i> 20.09.2006
<i>Berichtersteller/in:</i> Stratmann, Rainer	

Gremien

Kreisausschuss

Kreistag

Sitzungsdatum

06.03.2007

06.03.2007

Beratungsstatus

öffentlich

öffentlich

Betreff

Arbeitsergebnisse der Finanzstrukturkommission;

Bericht an den Kreistag

<i>Budget-Nr.:</i>		<i>Produktgruppen-Nr.:</i>	<i>Produkt-Nr.:</i>
<i>Haushaltsjahr</i> 2007	<i>Sachkonto</i>	<i>Finanzielle Auswirkungen in Euro</i>	

Beschlussvorschlag

Der Kreistag beschließt:

Die von der Finanzstrukturkommission erarbeiteten Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung werden mit folgenden Maßgaben beschlossen:

Datum /Unterschrift

Landrat	Dezernent / in	Fachbereichsleiter / in	Sachgebietsleiter / in – Sachbearbeiter / in

Begründung der Vorlage

Zur Abdeckung der Fehlbeträge des Haushaltes hat der Kreis Unna im Jahr 2002 eine umfangreiche **“Aufgabenkritische Betrachtung“** durchgeführt, deren Ergebnisse (Anlage) unmittelbar in die Haushalts- und Stellenpläne der Jahre **2003 bis 2006** eingeflossen sind. In den Stellenplänen konnten damit 68,75 Stellen eingespart werden, denen jedoch auch 44,26 Stelleneinrichtungen gegenüberstanden, die aus unabweisbaren, insbesondere gesetzlichen Verpflichtungen nicht vermeidbar waren. Per Saldo ergibt sich eine tatsächliche Verringerung der Stellenanzahl von **24,5 Stellen** mit einem jährlichen Einsparvolumen von **rd. 1,2 Mio Euro**.

Aus insgesamt **45 konkreten Vorschlägen** zur Reduzierung von Ausgaben bzw. Steigerung von Einnahmen konnte darüber hinaus eine dauerhafte jährliche Verbesserung des Haushaltsplanes von **rd. 2,8 Mio Euro** erreicht werden.

Angesichts der unverändert dramatischen finanziellen Situation hat der Kreistag in seiner Sitzung am 07.03.06 eine **Finanzstrukturkommission** zur Entwicklung weiterer Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gebildet, die bis heute nachstehende Themen bzw. Aufgabenbereiche beraten hat:

Datum		Themen / Aufgabenbereiche
1. Sitzung	03.05.2006	Konstituierung, Festlegung der Beratungsfelder
2. Sitzung	29.05.2006	Ertragsoptimierung des RWE-Aktienvermögens - Optimierung über den Finanzmarkt
3. Sitzung	22.06.2006	Ertragsoptimierung des RWE-Aktienvermögens - Übertragung auf die VBU Vermessung und Kataster
4. Sitzung	22.08.2006	Öffentlicher Gesundheitsdienst
5. Sitzung	01.09.2006	Familie und Jugend Arbeit und Soziales Bauen Gebäudewirtschaft Personal und Organisation Informationstechnik Kantine – Bistro Finanzen / Beteiligungen
6. Sitzung	02.09.2006	Straßenverkehr Lebensmittelüberwachung / Verbraucherschutz Interkommunale Zusammenarbeit Parlamentarische Gremien Natur und Umwelt Kultur und Medien ÖPNV / KfP
7. Sitzung	14.09.2006	Abschlusspräsentation der GPA Verabschiedung der erarbeiteten Ergebnisse Festlegung der weiteren Vorgehensweise

Die Arbeit der Finanzstrukturkommission erfolgte unter permanenter externer Beratung und Begleitung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW. Darüber hinaus wurden zur Beurteilung der Möglichkeiten einer Ertragsoptimierung des Aktienvermögens Berater der WestLB sowie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der VBU hinzugezogen.

Die Auswahl der Themenfelder orientierte sich in der Hauptsache an den Prüfgebieten, die von der Gemeindeprüfungsanstalt im Rahmen ihrer überörtlichen Prüfung bei allen Kreisen in NRW untersucht worden sind. Darüber hinaus wurden weitere Aufgabenbereiche beraten, die von den Mitgliedern der Kommission benannt wurden.

Als Sitzungsunterlagen für die Finanzstrukturkommission sind den Mitgliedern tabellarische Zusammenfassungen der von der GPA vorgelegten umfangreichen Prüfberichte übergeben worden.

Auf der Basis eines einheitlichen Schemas sind alle Themenfelder von der Verwaltung vorbereitet und präsentiert worden. Die in den Protokollen und Beschlussvorschlägen festgehaltenen Ergebnisse wurden nach drei Kategorien unterschieden:

- | | |
|--|----------------------------------|
| 1. klar definierbare Potenziale oder Ziele | = Festlegung in der FSK |
| 2. politisch nicht abschließend bewertbare
bzw. entscheidungsreife Fragen | = Beratungsauftrag Fachausschuss |
| 3. erforderliche weitere Klärung von
Sachverhalten oder Inhalten | = Prüfauftrag Verwaltung |

Die bisher erarbeiteten Ergebnisse der Finanzstrukturkommission sind in der nachstehenden tabellarischen Zusammenfassung dokumentiert und werden hiermit dem Kreistag zur weiteren Beratung vorgelegt.

Alle Prüfaufträge der Verwaltung sowie Beratungsaufträge an die Fachausschüsse sollen bis zur Beschlussfassung über den Haushalt 2007 erledigt werden.

Im Februar 2007 wird der Landrat die Finanzstrukturkommission zu einer abschließenden Sitzung einberufen.

Hinweis (Mögliche Auswirkungen der Verwaltungsstrukturereform bzw. des Bürokratieabbaues)

Die Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Verwaltungsstrukturereform und den Bürokratieabbau voranzutreiben. Die Kreise werden einerseits Aufgaben abgeben bzw. es entfallen Aufgaben. Andererseits müssen neue Aufgaben übernommen werden.

Der derzeitige Verfahrensstand stellt sich sehr unterschiedlich dar.

Im Rahmen des Bürokratieabbaues soll das Widerspruchsverfahren in Baurechtsangelegenheiten entfallen. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt vor.

Im Rahmen der Verwaltungsstrukturereform zeichnet sich unter anderem folgendes ab:

- Auflösung der Versorgungsämter zum 01.01.2007

Art und Umfang der vom Kreis Unna wahrzunehmenden Aufgaben sind durch den Landesgesetzgeber noch nicht abschließend festgelegt. Sie werden nach derzeitigem Erkenntnisstand den Bereich "Schwerbehinderte" betreffen.

- Reduzierung der Bewilligungsbehörden im Wohnungsbau

Es wird mit einer Übertragung der Aufgaben der Bewilligungsbehörden der Städte Lünen und Unna auf den Kreis Unna wahrscheinlich zum 01.02.2007 gerechnet.

- Neuordnung der sonderordnungsbehördlichen Aufgaben im Bereich der Umweltverwaltung.

Durch eine Änderung der Gemeindeordnung soll u.a. der Einwohnerschwellenwert für "Mittlere kreisangehörige Städte" von 25.000 auf 22.500 Einwohner und für Große kreisangehörige Städte von 60.000 auf 50.000 Einwohner gesenkt werden. Daraus erwächst z.B. für die Stadt Fröndenberg die Möglichkeit, die Aufgaben der "unteren Bauaufsichtsbehörde" und des "Jugendamtes" selbst wahrzunehmen. Die Stadt Bergkamen hätte die Verpflichtung, eine eigene Ausländerbehörde einzurichten.

Die Auswirkungen auf den Stellen- und Haushaltsplan des Kreises Unna sind derzeit nicht abzusehen und konnten daher in die Arbeit der Finanzstrukturkommission noch nicht einfließen.

Anlage

((ABES))